A5 B5 A4 B4 A3 B3 A2 B2 A1

Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt

Preis 500 Mill. M.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Mittwoch
24. Oktober 1923

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30–32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783–88, 5980–88. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Bezug 1.9 Milliarden M für die Woche vom 21.–27. Okt.

In Fällen höherer Gewalt, von Betriebsstörung, von Streik oder erzwungener Einstellung des Betriebes besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückgabe eines Entgelts. Anzeigenpreis 250 M je 33 mm breite mm-Zeile mal Schlüsselzahl. Bedarfsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

24. 10. a — Nr. 494 — 500 Mill.
62. Jahrgang.

Abonnements werden nur angenommen, wenn der Besteller sich verpflichtet, etwaige während der Bezugszeit notwendig werdende Preiserhöhungen zu bezahlen.

Anzeigen-Schlüsselzahl heute 12 Millionen.

ERICH MEYERFELD
BERLIN.
BEHRENSTR. 53/54
GRUNDSTÜCKE

Die Not.

Geht ins Volk, ihr Politiker, und hört, was das Volk spricht! Aus den Reihen der Arbeitenden, der mit der Not Ringenden tönen überall zwei Forderungen euch entgegen: Brot und Ordnung.

Das berechtigte Verlangen des Volks durch Taten zu erfüllen, ist die Aufgabe der Politiker, ist insbesondere die Pflicht der Regierung. Erschreckend viel kostbare Zeit ist bereits über Erwägungen, Verhandlungen und Kabinettskrisen verloren gegangen. Versprochen wurde vieles, verordnet manches, erreicht noch nichts. Die lange versteckte Arbeitslosigkeit wird nun furchtbar offenkundig. Wie ist für öffentliche Notstandsarbeiten vorgesorgt? Kämpfe werden aufgeführt, um Brot zu erhalten. Es muß die Volkswut aufstacheln, dieses Hungern bei vollen Scheunen. Das wertbeständige Geld war keine utopistische Forderung, kein Zukunftsplan, das war eine vom ersten Stresemann-Kabinett anerkannte Notwendigkeit des Augenblicks. Weshalb geschah nirgends etwas? Waren heimliche Saboteure am Werk? Waren der mitredenden Parteien zu viele? Oder lag alle Schuld bei dem praktisch unzulänglichen sozialdemokratischen Reichsfinanzminister?

Die Sozialdemokratie, die gerne Vogelstraußpolitik treibt, hat sich wohl noch nicht klar gemacht, welcher Anteil an der Not und an der inneren Verworrenheit dem Versagen Dr. Hilferdings zufällt. Hätte die große Koalition schnell politische und wirtschaftliche Erfolge aufzuweisen gehabt, dann wäre der Widerstand gegen sie erlahmt. So aber ist er mächtig angeschwollen, beherrscht den größten Teil der Landwirtschaft, der nationalen Verbände, der Jugend, beherrscht Bayern. Wir werten nicht, wir stellen fest. In harter Zeit gilt nur die rauhe Wirklichkeit. Das zweite Stresemann-Kabinett hat den Schritt vorwärts gemacht, bei dem das erste strauchelte: es hat die Vollmacht zu mancherlei Taten vom Reichstag erhalten. Aber nun stellt sich doch wohl heraus, daß der langwierige parlamentarische Gesetzgebungsweg — der im Notfall ja sehr abgekürzt werden kann — gar nicht das Haupthindernis war. Sondern das ist die Abhängigkeit des Reichskabinetts von vielen, sehr verschiedenartigen Parteien und seine Position mit zwei ungedeckten Flanken. Erklärt eine der Koalitionsparteien ihren Austritt, so ist das Kabinett nebst Vollmacht dahin; und diese Gefahr droht täglich bei der regen Opposition auf beiden Seiten.

Brot, Ordnung und Zusammenhalt in dem Rumpfdeutschland, das uns die Feindeswut noch läßt, sind auf dem bisherigen Wege nicht zu erreichen. Auch der eine Graf Kanitz genügt nicht. Die Ernährung der deutschen Großstädte beruht zum wesentlichen Teil auf der Produktion der östlichen und nördlichen Reichsteile, in denen die Rechtsparteien vorherrschen. Auch andere tatsächliche Macht ist in deren Hand. Gerade der entschiedene Demokrat muß fordern, daß diese Kreise an der staatlichen Verantwortung führend teilnehmen. Unser Ideal wäre das alte: die Abwehrfront von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten. Vielleicht hätte Dr. Stresemann, als er zur Neubildung des Kabinetts berufen wurde, mit diesem Programm stehen oder fallen sollen. Vielleicht kann er jetzt, in der höchsten Not, den Versuch wagen. Versagt sich ihm die zerbröckelnde Sozialdemokratie, wie sie sich der wirtschaftlichen Forderung nach Mehrarbeit versagt hat, dann muß es ohne sie gehen, wird manches sogar sehr viel leichter sein. Gewiß sind auch Gefahren dabei. Aber die Furcht vor Kämpfen darf nicht dazu führen, das Notwendige zu unterlassen. Alles hat seine Zeit; das Zögern hat seine Zeit, und das Handeln hat seine Zeit. Heute ist die Unterlassungssünde die schwerste Sünde. Wir müssen, so oder so, durch ein Tal des Schreckens noch hindurch. Vor Jahr und Tag waren die Kräfte links und rechts so verteilt, daß ihr Aufeinanderprallen alles vernichtet hätte. Da war Lavieren nützlich. Inzwischen hat sich das Machtverhältnis wesentlich verschoben. Die Möglichkeit eines Durchringens ist sichtbar.

In tiefster Sorge um unser armes Vaterland sprechen wir solche Gedanken aus. Ein Kampf kann wohl die äußerliche Ruhe und Sicherheit herstellen, aber schwerlich die innere Aussöhnung bringen. Die Diktatur verdirbt die Besten. Wer weiß einen in Deutschland, der General und Arbeiter zugleich wäre? Doch das Ideal darf nicht dem Notwendigen im Wege stehen. Das Heute fordert: entschlußkräftige Männer, die keinen Teufel fürchten; die dem Volke Brot verschaffen, der Regierung Autorität, dem Reststreich einen festen Ring; die mitfühlen das Wiedererstarken des nationalen Geistes und die psychische Massenreaktion gegen die undeutsche deutsche Revolution. Noch wird weiter die Enttäuschung, die Empörung über das Ende des Rhein- und Ruhrkampfes wachsen. Nur Männer von jener Art werden sie in die rechten Bahnen zu leiten wissen. Vielleicht gelingt es Dr. Stresemann, sie zu sammeln. Die Deutschnationalen und die Bayern sollten ihren Groll begraben. Andernfalls wäre gerade dieser Kanzler Staatsmann genug, um gerne eine Zeit abzuwarten, in der seine mannigfachen Gaben besser zur Geltung kommen können, wie er auch zweifellos ein so glühender Patriot ist, daß neben dem Wohl des Vaterlandes persönliche Rücksichten bei ihm nie in Betracht kommen.

Der Gewittersturm, den wir seit langem ankündigten und an den so mancher nicht glauben wollte, ist nun ausgebrochen. Blitze und Donnerschläge schrecken den letzten Schläfer auf. Das Reichsschiff ist in höchster Not. Nie hat das deutsche Volk weniger nach Parteikram und Formalitäten gefragt, nie heißer nach der rettenden Tat verlangt.

Berliner Kurse vom 24. 10.:

1 Dollar amtlich: M 63 000 Millionen
Zuteilung 100 % (Frankfurt 10 %)
1 Pfund amtlich: M 285 000 Millionen
Zuteilung 100 % (Frankfurt 3 %)
1 Goldmark M 15 000 Millionen.
Dollarschatzanw.: M 70 000 Millionen
Goldanleihe: M 56 000 Millionen

Die Hamburger Unruhen.

Eintreffen des Kreuzers „Hamburg".

Ein außerordentliches Gericht eingesetzt.

hem. **Hamburg**, 24. 10. (Eigenbericht.) In der Nacht ist der Kreuzer „Hamburg" und eine Torpedobootshalbflottille im Hamburger Hafen eingetroffen. Die Gewerkschaften erlassen eine Kundgebung an die Arbeiter, Angestellten und Beamten, in der der von der Kommunistischen Partei angezettelte Aufruhr als Verbrechen an der Arbeiterschaft bezeichnet wird und die Arbeiter und Angestellten gewarnt werden, der Generalstreikparole der K. P. D. Folge zu leisten.

Der Kampf gegen die Kommunisten, welche sich in Schiffbeck regelrechte Schützengräben angelegt hatten, tobte gestern nachmittag in unverminderter Heftigkeit. Am Abend wurden die Regierungstruppen Herr der Lage. Ein Sicherheitspolizist wurde getötet. Mehrere Verwundete wurden durch Rote-Kreuz-Kraftwagen nach dem Marien- und Allgemeinen Krankenhaus geschafft. Die Zugangswege von Steinbeck usw. sowie die Blaue und Rote Brücke von Billwärder sind von der Polizei besetzt. Versuche der Kommunisten, die Wachen zu besetzen, wurden abgeschlagen.

Um die heutige Mittagsstunde stellte sich die Lage wie folgt dar: Nachdem gestern nach einem einheitlichen Plan auf seiten der Kommunisten operiert wurde, zersplittert sich heute die Aktion. Die Kommunisten kämpfen in geschlossenen größeren Trupps im Augenblick nur noch im Vorort Schiffbeck an der Hamburg–Berliner Strecke, die von den Aufrührern zu sperren versucht wird. In der inneren Stadt ist es im Gegensatz zum Vortage zu kleineren Zusammenstößen gekommen. Es muß noch mit einer zeitweiligen Verschärfung der Lage und einem allgemeinen Generalstreik gerechnet werden, wenn nicht, wie gerüchtweise verlautete, zwischen den Regierungssozialisten, die jetzt unausgesetzt im Gewerkschaftshaus tagen, und den Aufrührern ein Vergleich geschaffen werden sollte, zur gemeinsamen Durchführung wirtschaftlicher Forderungen.

Nachdem heute Morgen die am Barmbeker Marktplatz gelegenen Wachen ausgehoben sind, haben die Aufrührer auch den Widerstand in der Gegend nördlich des Barmbecker Bahnhofes, die durch große Schanzarbeiten zu einer Art Festung ausgebaut hatten, aufgegeben. Damit haben die Kommunisten einen ihrer wesentlichen Stützpunkte kampflos den Regierungstruppen überlassen. Augenblicklich sind die Hauptkräfte für die Säuberungsaktion nach Schiffbeck herangezogen.

Weiter wird bekannt, daß der Reichsjustizminister auf Veranlassung des Hamburger Senats die **Einsetzung eines außerordentlichen Gerichtes** auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten über den Ausnahmezustand vom 26. September zugestimmt hat. Vor diesem außerordentlichen Gericht, das in den nächsten Tagen bereits seine Tätigkeit beginnt, werden sich die an den Unruhen Beteiligten zu verantworten haben. Die Zahl der Gefangenen beträgt mehrere Hundert, läßt sich zurzeit aber noch nicht genau feststellen.

In Altona hat sich eine freiwillige Bürgerwehr gebildet.

Abschließend muß gesagt werden: 1. daß die kommunistische Aktion von langer Hand vorbereitet war; 2. daß die Kommunisten es fertig gebracht haben, trotz Regierungsverbots ungehindert ihre Hundertschaften in der letzten Zeit zu organisieren.

7 Polizeibeamte gefallen.

19 schwer verwundet.

Hamburg, 24. 10. Die staatliche Pressestelle berichtet ergänzend über die gestrigen Vorgänge: Nach der Einnahme der Wache 23 in Barmbek trat zunächst Ruhe ein. Es zeigte sich jetzt, daß die Kämpfe höhere Opfer, als zuerst angenommen, gefordert hatten. Fünf Beamte haben in treuer Pflichterfüllung ihr Leben eingebüßt. Schwer verwundet wurden 19 Beamte. Die Zahl der Leichtverwundeten steht noch nicht fest. Leider vermehrt sich die Zahl der Toten noch um zwei weitere Beamte, die bei einer in Schiffbek eingeleiteten Aktion gefallen sind.

Ausgehobene Kommunistennester.

pn. **München**, 24. 10. (Eigenbericht.) In dem als kommunistennest besonders bekannten Spinnereiort Kolbermoor bei Rosenheim in Oberbayern hat die Landespolizei bei der Waffensuche einen ungeahnten Erfolg gehabt. Die aufgefundenen Waffen, wie Gewehre, Munition und Sprengstoff, wurden auf Lastautos weggeschafft.

Stuttgart, 23. 10. (T. U.) Der Polizeidirektion Eßlingen ist es gelungen, in der vergangenen Nacht in Sulzgries ein großes kommunistisches Munitions- und Sprengstofflager auszuheben. Der Sprengstoff stammt aus einer Mansfelder Fabrik. Der Hauptschuldige ist flüchtig. Die kriminalpolizeiliche Untersuchung des Falles ist eingeleitet.

Altona, 24. 10. (W. T. B.) Das städtische Presseamt teilt mit: Am Dienstag abend hat die städtische Polizei drei geheime Kommunistenversammlungen überrascht. Die sämtlichen Teilnehmer, rund 80 Personen, wurden abgeführt.

Kanzlerreise nach Hagen.

Der Reichskanzler Dr. Stresemann, die Reichsminister Sollmann und Fuchs und der preußische Ministerpräsident Braun reisen heute nach Hagen, um dort mit Vertretern der politischen Parteien und der Berufe des Rhein- und Ruhrgebietes die Lage in den besetzten Gebieten zu besprechen. Man beabsichtigt, in Hagen eine öffentliche Versammlung abzuhalten, in der der Reichskanzler und die Minister Ansprachen halten werden.

Die Einstellung der Eisenbahner.

Belgier und Franzosen scheinen gegenüber den deutschen Eisenbahnern, die sich zur Wiederaufnahme der Arbeit melden, eine verschiedene Politik zu befolgen. So haben die Belgier an einer Stelle, wo früher 800 Arbeiter beschäftigt waren, bereits 700 wieder eingestellt. Die Franzosen dagegen machen nach wie vor bei der Wiedereinstellung Schwierigkeiten. Die Ausweisungen gehen inzwischen weiter. Die Franzosen erklären allerdings, es handle sich um Leute, deren Ausweisung schon vor Einstellung des passiven Widerstandes beschlossen gewesen sei. Insofern ist allerdings eine Aenderung eingetreten, als die Ausgewiesenen jetzt ihre Habe, wie zum Beispiel Möbel, mitnehmen dürfen.

Die Putschistenbewegung gescheitert.

Katzenjammer in Paris.

S. **Paris**, 24. 10. (Eigenbericht.) Alle heute morgen vorliegenden Meldungen lassen deutlich darauf schließen, daß die rheinische Putschistenbewegung auf immer größeren Widerstand stößt und nur noch ganz geringe Aussichten auf Erfolg hat, trotz der jetzt ganz offen zutage getretenen Unterstützung der Besatzungstruppen. Aus Aachen und Mainz müssen selbst die französischen Blätter heute morgen das völlige Scheitern der Putschisten zugeben. Es fehlt den Separatisten an Mut und Disziplin, klagt der „Matin", der die Lage in Aachen am treffendsten mit dem einen Satz schildert: „Die Separatisten leisten Widerstand, aber die belgischen Polizisten mußten intervenieren." Die allgemeine Erregung gegen die Putschisten scheint in der belgischen Zone größer zu sein als in der französischen. In Wiesbaden und Aachen wurde zum Schutze der Separatisten der Belagerungszustand verhängt.

Die Regierungspresse rückt heute morgen von den Separatisten merklich ab. „Echo de Paris" besonders möchte wiederholt glauben machen, daß Frankreich und Belgien mit der Bewegung nicht das geringste zu tun hätten, außerdem hätte ihnen gerade Deckers wegen seiner zweifelhaften Vergangenheit kaum genügende Sicherheit geboten. Das Blatt weist darauf hin, daß ein „unabhängiges Rheinland" die französische Politik des 11. Januar durchkreuzen würde. Damit hat das Blatt insofern Recht, als die Erfahrungen der letzten Tage doch einigen Franzosen die Augen zu öffnen scheinen, wenn sie es auch nicht zugeben wollen. „Journée industrielle" schreibt jedoch heute Morgen, daß die kritische Phase der Ruhrbesetzung erst jetzt beginne. „Ere Nouvelle" gibt den Mißerfolg des rheinischen Abenteuers offen zu. Schon von Anfang an sei diese Bewegung infolge der persönlichen Eifersüchteleien gescheitert. Tirard hat zwar in Koblenz einige Vertreter der Separatisten empfangen, scheint es aber vermieden zu haben, sich ihnen gegenüber mit irgendwelchen Zusicherungen bestimmter Art wenigstens nach außen hin festzulegen.

Erfolgreiche Abwehr.

Köln, 24. 10. (Mtb.) Die Gegenaktion in **Köln** gegen das Treiben der Sonderbündler setzt sich mit immer größerer Schärfe durch. Auch aus **Viersen** sind die Sonderbündler hinausgeschlagen worden. — In **Koblenz** waren gestern etwa 300 Sonderbündler mit Karabinern und Handfeuerwaffen versehen auf dem Bahnhof eingetroffen. Nach dem entschiedenen Auftreten der deutschen Polizei schritt die französische Besatzung zur Entwaffnung der Sonderbündler. — In **Düsseldorf** zogen etwa 400 Separatisten ebenfalls mit Karabinern bewaffnet ein. Mehrere von ihnen begaben sich zur Besatzungsbehörde, wo ihnen der Bescheid zuteil wurde, der General könne nicht zugeben, daß das Rathaus besetzt wird, die Sache sei noch nicht reif. Der Schutz des Rathauses wurde wieder von der Besatzungsbehörde übernommen. — In **Duisburg**, wo die Separatisten gestern die öffentlichen Gebäude besetzten, lehnten die städtischen Behörden jedes Zusammengehen mit der Abfallbewegung ab. — In **Erkelenz** wurde die Fahne der Sonderbündler vom Rathaus und vom Landratsamt unter dem Jubel der Bevölkerung von der Polizei heruntergeholt. — Im sogenannten „Armeekommando" in **Düren** halten sich die Führer der Separatisten Matthes, Dorten, Merx, Leitner, Rang und Biermann auf.

ht. **Mainz**, 24. 10. (Eigenbericht.) In Mainz selbst ist heute wieder alles ruhig und die Stimmung der Bevölkerung wieder zuversichtlich. Man ist der festen Ueberzeugung, daß die sonderbündlerischen Putschisten, nachdem sie sich allerorts blutige Köpfe geholt haben, es sobald nicht mehr wagen werden, etwas zu unternehmen, namentlich wenn sich die wirtschaftlichen Verhältnisse wieder etwas mehr stabilisiert haben.

Wiesbaden, 24. 10. (Mtb.) In **Wiesbaden** halten die Separatisten das Regierungsgebäude und das Rathaus noch weiter besetzt. Sonst herrscht in der Stadt Ruhe. Ein Angriff der Sonderbündler auf das Polizeipräsidium scheiterte, da die Polizei sich mit der Waffe zur Wehr setzte. Die Franzosen ordneten an, daß sich die gesamte Polizei mit den Waffen im Hofe der Polizeidirektion aufstellte. Man nimmt an, daß die Polizei von den Franzosen entwaffnet und ausgewiesen werden wird.

Wie um 6 Uhr früh von zuständiger Seite gemeldet wird, ist das Regierungsgebäude in **Aachen**, in dem sich der letzte, aber auch der Haupttrupp der Separatisten noch behaupten konnte, in der vergangenen Nacht nicht geräumt worden. Da man beobachtet hatte, daß in der Nacht unter dem Schutze der von der Besatzung verhängten Straßensperre mehrfach Autos vor dem Gebäude vorgefahren sind, ist anzunehmen, daß sie Verstärkungen an Waffen oder dergleichen bekommen haben.

*

Der Separatistenputsch im Rheinland kann nach den vorstehenden Meldungen als vollständig gescheitert angesehen werden. Die unbedingte Treue der rheinischen Bevölkerung zu Preußen und zum Reich hat einen glänzenden Sieg über die Verräter davongetragen, trotz der Zermürbung durch die furchtbaren Quälereien der Besatzung und trotz der Waffenlosigkeit. Es wäre aber falsch, sich nun gänzlich in Sicherheit zu wiegen. Wir wissen, daß die Hochverräterbande nicht zögern wird, das Feuer der Separation wieder aufflackern zu lassen, sobald die Gelegenheit ihr günstig scheint. Ein Angriff ist abgeschlagen, nun gilt es, mit Entschlossenheit und Energie die Verteidigung für die sicher kommenden neuen Stürme vorzubereiten.

Die Anführer der Hochverräter.

Paris, 24. 10. Eine Koblenzer Depesche des „Matin" gibt die Zusammensetzung des „Rheinischen Direktoriums" folgendermaßen an: Kremers aus Koblenz, von Metzen aus Düsseldorf, Oehmen aus Koblenz, Dr. Wolternof aus Düsseldorf, Dr. Siebing aus Mainz, Brock aus Köln, de Grand-Ry aus Aachen, Kleber aus Düsseldorf, Dr. Müller aus Düsseldorf, Simon Frauenstein aus Wiesbaden, d'Orbis aus der Pfalz, Natter aus Bonn, Marx aus Trier, Koch und Pfeiffer aus Gemünd, Kentz aus München-Gladbach, Hensen aus Prüm. Dr. Dorten und Matthes haben die Vollmachten der provisorischen Regierung erhalten.

Es dürfte sich empfehlen, die Namen dieser Hochverräter nicht nur flüchtig zu überlesen, sondern für künftige Zeiten recht deutlich im Gedächtnis zu behalten.

Englands Ohnmacht.

Geringe Aussichten für Smuts' Reparationsvorschlag.

A. **London**, 24. 10. (Eigenbericht.) Die Lage im Rheinland wird in den offiziösen Londoner Darstellungen zwar noch als unklar bezeichnet, aber alle Berichte der englischen Augenzeugen im Rheinlande selbst stimmen darin überein, daß die Bewegung in der Hauptsache bereits gescheitert ist. Selbst die Telegramme der französisch orientierten „Daily Mail" geben zu, daß die sogenannte „Regierung der Separatisten" in den letzten Zügen liege. Angeblich sollen Frankreich wie Belgien im letzten Augenblick von der Bewegung abgerückt sein. Frankreich, weil es bezweifelt, daß es mit diesen Leuten das wirtschaftliche Leben wieder in Gang bringen könne, Belgien, weil es nicht klar darüber ist, ob es sich um eine separatistische oder partikularistische Bewegung handle. Belgien soll zwar bereit sein, einer Autonomie des Rheinlandes innerhalb des Reiches zuzustimmen, aber es soll eine Abtrennung ablehnen, weil die Gefahr bestehe, daß ein selbständiges Rheinland ein Zollbündnis mit Frankreich eingehen würde. Diese Darstellung der belgischen Absichten wird wenigstens im „Daily Telegraph" gegeben, wobei das Blatt vielleicht die Londoner Ansicht nach Brüssel verlegt hat.

Die gestrige Rede des Generals Smuts (vergleiche die nebenstehende Meldung. — D. R.) bedeutet für die englische Oeffentlichkeit keine Ueberraschung, da sowohl eine politische Stellungnahme wie der Vorschlag einer neuen Konferenz bereits bekannt waren. Es ist zu beachten, daß Smuts nur seine persönliche Auffassung zum Ausdruck brachte und nicht etwa als Vertreter der amtlichen englischen Politik gesprochen hat. In politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß der praktische Erfolg des Konferenzvorschlages vollkommen von der Haltung Amerikas abhänge. In dieser Beziehung wird jedoch vollkommene Klarheit geschaffen durch eine Rede des hiesigen amerikanischen Botschafters, die ebenfalls gestern bekannt wurde. Der Botschafter betonte, daß Amerika zur Teilnahme bereit sei, „wenn alle an der Reparationsfrage interessierten Mächte dazu eingeladen werden. Das ist also genau derselbe Standpunkt, der in den letzten Tagen im Anschluß an die Bemühungen von Lloyd George als die Auffassung der Republikaner in Washington gemeldet worden ist. Da sich Frankreich einer solchen Einladung kaum anschließen wird, so ist nicht zu erkennen, auf welchem Wege der Plan des **Generals Smuts** in die **Praxis** umgesetzt werden könnte.

Die Blätter nehmen zu der Rede vorläufig nur teilweise Stellung. „Daily Telegraph" behandelt den Gegenstand nicht. Die „Times" betont, daß Smuts ausgedrückt habe, was ein großer Teil des Landes denke, deutet aber zugleich vorsichtig darauf hin, daß er nicht im Namen der englischen Regierung gesprochen habe. Außerdem habe Smuts übersehen, daß auch Deutschland einen großen Teil der Schuld an der gegenwärtigen Lage trage (?). Die praktische Bedeutung der Rede würde stark erhöht werden, wenn die Vereinigten Staaten ihre ablehnende Haltung gegenüber Europa aufgeben würden. Die „Morning Post" weist darauf hin, daß die Teilnahme Amerikas schon mit Rücksicht auf die Schuldfrage ausgeschlossen sei, und lehnt im übrigen die Rede ab, weil sie in Frankreich Verstimmung hervorgerufen habe (!), ohne andererseits einen Ausweg zu bringen. Die einzige Rettung bestehe in einer Verständigung zwischen Paris und London. Von den liberalen Blättern äußert sich nur „Daily Chronicle": General Smuts habe die Lage richtig dargestellt, aber England sei gegenüber dem militärischen Aufstieg Frankreichs ohnmächtig, weil es ihm an nationaler Einigkeit fehle.

Die Gewerkschaften beim Kanzler

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat gestern eine Abordnung zum Reichskanzler entsandt und drei Forderungen in ultimativer Form unterbreitet:

1. Sofortige Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels für Lohn- und Gehaltsempfänger.
2. Heranschaffung und Bereitstellung der notwendigen Lebensmittel.
3. Anpassung der Löhne an die Geldentwertung ohne Rücksicht auf die bestehenden Tarifverträge.

Die „Frankfurter Volksstimme" verboten.

Frankfurt, 24. 10. (Eigenbericht.) Das Wehrkreiskommando 5 Stuttgart hat die sozialdemokratische Volksstimme in Frankfurt wegen eines in Nr. 246 des Blattes erschienenen Artikels auf zwei Tage verboten. Der Artikel befaßte sich mit einer Versammlung des Vorstandes der V. S. P. D., in der ein Beschluß gefaßt wurde zur Ausrufung des Generalstreiks, zur Stillegung lebenswichtiger Betriebe, zur Einrichtung eines Selbstschutzes zwecks Unterstützung der sächsischen Genossen gegen die Reichswehr.

Gestörte Versammlung.

Am Dienstag abend hielten Mitglieder der Deutschen Volkspartei in den Hohenzollernsälen, Berliner Straße 105, in Charlottenburg eine Versammlung ab. Gegen 8½ Uhr wurde diese durch verschiedene junge Burschen durch Zwischenrufe, die sich schließlich zum Tumult steigerten, gestört. Es kam zu tätlichen Auseinandersetzungen, wobei der 35 Jahre alte Lackierer Paul Groß aus der Wallstraße stark blutende Kopfwunden und eine Stichverletzung davontrug.

Wertbeständige Berechnung für Gas und Strom.

Das Nachrichtenamt des Berliner Magistrats teilt mit: Die Werkdeputation beriet heute erneut über Festsetzung der städtischen Tarife. Es war eingehend zu prüfen, ob nicht schon im Laufe dieser Woche sämtliche Tarife zu vervielfachen seien. Lediglich mit Rücksicht auf die schwere wirtschaftliche Lage der Berliner Verbraucher hat die Deputation von diesem Schritt abgesehen. Einstimmig wurde die Aufrechterhaltung der wöchentlichen Preisfestsetzung nicht mehr für möglich erachtet, vielmehr herrschte Uebereinstimmung, daß vom Beginn der nächsten Woche an die Preise in kürzerem Zeitraume, wenn möglich, täglich, auf wertbeständiger Grundlage zu errechnen seien. Außerdem sei bei der neuen Regelung unbedingt darauf zu sehen, daß der Tag des Eingangs des Rechnungsbetrages ausschlaggebend sei für die Höhe des Umrechnungsfaktors. Deswegen haben alle Verbraucher im eigenen Interesse etwaige Rückstände aus rückliegender Zeit und Rechnungsbeträge, die in dieser Woche fällig werden, pünktlich noch im Laufe dieser Woche einzuzahlen.

General Smuts gegen Frankreich.

Für eine internationale Konferenz.

London, 24. 10.

General Smuts, der Premierminister der Südafrikanischen Union, hat gestern auf einem Bankett eine Rede gehalten, in der er die Politik Frankreichs auf das schärfste angriff und seine Gedanken über die weitere Entwicklung der Lage in Europa darlegte.

Vier Jahre, so erklärte er, sind seit dem Friedensvertrag verstrichen, und noch immer ist kein Friede eingetreten. Der Krieg dauert auf wirtschaftlichem Gebiet weiter fort, und wir sehen alle einer unvermeidlichen Niederlage entgegen. Es muß daher verlangt werden, daß man die bestehenden Verträge revidiert. Jetzt ist die Stunde gekommen, eine internationale Konferenz zwischen den interessierten Mächten einzuberufen. Man braucht sich weder an den Völkerbundsrat noch an die Reparationskommission zu wenden. Es sind Verhandlungen im Gange, um eine derartige Konferenz einzuberufen. Ich glaube nicht, daß irgendeine der interessierten Mächte sich weigern werde, an einer derartigen Verhandlung teilzunehmen. Sollte jedoch wider Erwarten eine solche Weigerung einer Macht eintreten, so müßten die anderen Nationen zusammentreten, um sich ernsthaft mit der Lage zu befassen.

Der General erklärt weiter, es sei von höchster Wichtigkeit, daß

die Vereinigten Staaten

an der Konferenz teilnehmen und ihren Einfluß geltend machen. Deutschland, so sagt er, könne nicht zahlen, solange die Ruhrbesetzung andauere, und diese müßte so schnell wie möglich „unsichtbar" gemacht werden. Ferner müßte darauf hingewirkt werden, daß die Verbindung zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet wiederhergestellt werde. Der General meinte dann weiter, daß der „Friedensvertrag" die Ruhrbesetzung nicht rechtfertige. Die Verträge zwischen General Degoutte und den Ruhrindustriellen müßten infolgedessen von der Reparationskommission juristisch angefochten werden.

Smuts gab dann seiner Ueberzeugung dahin Ausdruck, daß Frankreich für die bevorstehende Zerstückelung Deutschlands verantwortlich zu machen sei. Der Versailler „Vertrag" müsse revidiert werden, denn die Franzosen hätten durch die Zerstückelung Deutschlands und ihre unerbittliche Politik selbst die Revision des „Vertrages" begonnen. Der Redner warf Frankreich auch eine kontinentale Politik vor und erklärte es insbesondere für unverantwortlich, daß **Frankreich in kleinen Staaten Goldanleihen** mit dem ausgesprochenen Zweck begebe, den militärischen Appetit der Völker zu befriedigen. Er bemerkte dann weiter, Frankreich nehme Rüstungen zu Wasser und zu Lande vor, die England beunruhigen müßten, und England müßte sich, wenn dieser Zustand fortdauern sollte, endlich damit beschäftigen, sich auch für seine Verteidigung zu rüsten. General Smuts wandte sich dann in scharfen Worten gegen die Verwendung farbiger Soldaten in Deutschland und forderte die Gläubigerstaaten auf, schärfer zuzufassen, da seiner Meinung nach eine allzugroße Nachgiebigkeit in der Frage der interalliierten Schulden nur dazu führen würde, daß England auf direktem Wege den Militarismus auf dem Kontinent unterstütze.

Ergebnisse der Reichskonferenz.

Paris, 23. 10. Trotzdem die Sitzungen der britischen Reichskonferenz hinter verschlossenen Türen stattfinden, will der Londoner Korrespondent des „Temps" wissen, daß die vorbereitenden Arbeiten beinahe beendet sind, und daß man jetzt vor der Entscheidung steht. Eine prinzipielle Uebereinstimmung sei in folgenden Punkten erzielt:

1. Daß es nicht geboten ist, die verfassungsmäßige Verbindung und die diplomatische Abhängigkeit abzuändern. Nur Kanada behält das Recht, seinen eigenen Botschafter in Washington zu haben.
2. In Angelegenheiten der äußeren Politik ist der Plan Smuts über die Reparationen unter die Delegationen verteilt worden. **Aber man hat auf den Plan verzichtet, General Smuts mit einer Mission in Deutschland zu betrauen.**
3. Alle Dominions stimmen dem Plan der Erbauung einer Flottenbasis in Singapore zu.
4. Alle Dominions beanspruchen den Schutz durch die Londoner Regierung, aber die Bedingungen, die sie als Entgelt bieten, scheinen ungenügend zu sein.
5. Die Dominions fordern den Postminister auf, den endgültigen Abschluß des Abkommens mit der Marconi-Gesellschaft wieder zu erneuern.

Ergebnislose Verhandlungen der Ruhrindustriellen.

Dortmund, 24. 10. (T. U.) Die am 22. Oktober von der Kommission des Bergbauvereins fortgeführten Verhandlungen mit der „Micum" haben noch kein Ergebnis gezeitigt. Von industrieller Seite hatte man von vornherein die Absicht, weit entgegen zu kommen, um die Wiederinbetriebnahme der Zechen und Werke zu beschleunigen. Man bot deshalb für eine Uebergangszeit bis zum 31. März nächsten Jahres die kostenfreie Lieferung einer angemessenen auch von der Gegenseite als diskutabel anerkannten Reparationskohlenquote an, welche von dem Bergbau garantiert werden sollte. Da es bei der heutigen Wirtschaftslage und insbesondere bei den großen finanziellen Schwierigkeiten des Bergbaues ausgeschlossen ist, diese Opfer allein zu tragen, waren mit der deutschen Regierung Richtlinien über die Finanzierungsmöglichkeiten vereinbart. Die Verständigung scheiterte an der weiteren Forderung der Micum, für Vergangenheit und Zukunft außerdem eine Kohlensteuer erheben zu wollen. Mit Rücksicht auf die unhaltbare wirtschaftliche Lage an Rhein und Ruhr hat sich die Kommission im Interesse der Bevölkerung der besetzten Gebiete, trotzdem bereit erklärt, jederzeit in Düsseldorf, Koblenz oder Paris zu erneuten Verhandlungen zur Verfügung zu stehen.

Der hohe Brotpreis.

Die Preisprüfungsstelle teilt mit: Dienstag nachmittag um 4 Uhr wurde durch die Preisprüfungsstelle ein Brotpreis gültig ab 24. Oktober auf 6½ Milliarden Mark im Einvernehmen mit den Bäckern festgesetzt. Infolge der nachmittag eingetretenen hohen Mehlpreissteigerung konnte dieser Preis aber nicht als ausreichend erachtet werden. Der Preis wurde ab Mittwoch von der Preisprüfungsstelle auf 7½ Milliarden Mark für das Einheitsbrot und 220 Millionen Mark für die Schrippe als angemessen angesehen.

Eine notwendige Forderung.

Von unserm Berichterstatter.

A. **London**, 21. Oktober.

Wenn man alles in Betracht zieht: die wirtschaftlichen Sorgen, die Verwirrung der Geister, die Parteileidenschaft, kurz das ganze Unglück, das über das deutsche Volk gekommen ist, dann bleiben noch immer einige Erschwerungen im heutigen Deutschland übrig, die für den Beobachter aus der Ferne unbegreiflich sind. Das Verhältnis zur englischen Politik gehört hierzu. Wie aus den letzten Reichstagsdebatten und aus gewissen deutschen Zeitungen hervorgeht, gibt es auch heute noch, nach allem was geschehen ist, Leute, die glauben (oder die wenigstens so tun, als ob sie glaubten), daß noch immer eine Hoffnung auf englische Hilfe bestanden habe. Seit Monaten war es jedem Beobachter englischer Verhältnisse vollkommen klar, daß diese Hoffnungen Illusionen sind, im Foreign Office wurde das jedem bestätigt, der es hören wollte, die englischen Zeitungen (nämlich diejenigen, auf die es ankommt) machten sich über diese Hoffnungen lustig, der englische Außenminister stellte soeben erst in einer Rede fest, daß alle vernünftigen Möglichkeiten englischer Interventionsversuche erschöpft seien, tut nichts, diese deutschen „Politiker" greifen weiter hoffnungsfroh nach dieser englischen Seifenblase.

Wir haben hier das Ergebnis jener monatelangen Irreführung der deutschen Oeffentlichkeit vor uns, gegen die an dieser Stelle so oft und so ergebnislos angekämpft worden ist. Monatelang wurde von der offiziösen Berichterstattung aller Schattierungen darauf gedrängt, daß die deutsche Regierung neue Angebote machen solle, weil England darauf brenne, sich an die Seite Deutschlands zu stellen; monatelang wurden die deutschen Zeitungen mit Aeußerungen der linksliberalen englischen Blätter gefüttert, deren Bedeutungslosigkeit das deutsche Publikum nicht beurteilen konnte und die schließlich den Eindruck erwecken mußten, daß England nur darauf warte, seine Kanonen nach Deutschland zu senden. Bis zu welchem Grade die Massenpsychose, die damit erzielt wurde, die Ursache für das Verhängnis geworden ist, das heute über dem deutschen Volke lastet, hat man offenbar auch jetzt in Deutschland noch nicht erkannt. Der passive Widerstand war in seiner ersten Periode eine diplomatische Waffe. Er war geeignet, den Wiederaufschwung Deutschlands einzuleiten, denn er **hatte dem nationalen Gedanken im ganzen Volke neue Kraft gegeben**. Aber in diesem entscheidenden Augenblick, wo es nötig gewesen wäre, alle nationalen Energien in Volk und Regierung bis zu ihrer höchsten Steigerung zu führen, in diesem Augenblick legte sich diese verhängnisvolle Illusion, daß Deutschland von England Hilfe zu erwarten habe, wie ein Alp auf alle Geister und erstickte alle Energien, mit Ausnahme derjenigen der Rotenpresse. Und vergiftet durch diese Hoffnung auf fremde Hilfe verwandelte sich der passive Widerstand in eine widerstandslose Passivität, in einen Zustand, der natürlich auf die Dauer zu moralischer Fäulnis führen mußte.

Die Hoffnung auf die Hilfe der Angelsachsen ist offenbar der sicherste Weg zum Untergang Deutschlands. Als der Krieg begann, hoffte die deutsche Regierung, daß England neutral bleiben werde; als er zu Ende ging, hoffte sie auf die Versprechungen Wilsons; als vor zwei Jahren jene Konferenz tagte, die zu dem Londoner Ultimatum führte, das der ganzen Reparationspolitik die verhängnisvolle Wendung gab, wurde der damalige Minister Simons zu einer Haltung veranlaßt, weil ihm von berufener deutscher Seite versichert worden war, daß er sich auf Lloyd George verlassen könne. Aber so verhängnisvoll alle diese Irrtümer auch für Deutschland waren: sie werden in ihrer Wirkung bei weitem übertroffen durch die falsche Einschätzung der englischen Politik während der letzten Monate. Die Männer, die diese falsche Einschätzung veranlaßt haben, tragen eine ungeheure Verantwortung.

Eine solche Verantwortung bedarf der Klärung. Sie bedarf ihrer um so mehr, als es offenbar das einzige Mittel ist, um einen der gefährlichsten Streitpunkte der innerpolitischen Diskussion zu beseitigen. Die Parteien werden nicht zur Ruhe kommen und alle Bemühungen, zu praktischen Ergebnissen zu gelangen, werden immer wieder parteipolitisch ausgeschlachtet werden, solange über das deutsch-englische Verhältnis der letzten Zeit nicht vollkommene Klarheit geschaffen ist. Dies zu erreichen ist eine einfache Aufgabe, denn es handelt sich nicht etwa um Urteilsfragen, über die man verschiedener Ansicht sein kann, sondern um eine reine Tatfrage. Von amtlicher englischer Seite wurde wiederholt und nachdrücklich festgestellt (zuletzt in der Rede Curzons), daß der deutschen Vertretung in London kein Zweifel über die Haltung Englands belassen worden sei, besonders auch in der Frage des passiven Widerstands. Warum hat die deutsche Regierung dennoch eine Politik verfolgt, die, wenn sie überhaupt einen Sinn hatte, nur in der Hoffnung auf England beruhen konnte? Warum hat man dennoch diese Irreführung der deutschen Oeffentlichkeit erlaubt, die notwendigerweise zu einer völligen Verlogenheit der ganzen politischen Verhältnisse Deutschlands führen mußte? Es gibt nur zwei Erklärungen dafür: entweder die diplomatische Vertretung in London hat nicht im entsprechenden Sinne nach Berlin berichtet oder die damalige Regierung hat es nicht für nötig gehalten, den Londoner Informationen Beachtung zu schenken. Und es gibt nur ein Mittel, diese Alternative zu entscheiden: die **Berichte der Londoner Vertretung müssen veröffentlicht** oder wenigstens einem Ausschuß geeigneter Persönlichkeiten zur Prüfung überwiesen werden.

Wir haben Grund zu der Annahme, daß man auch auf englischer Seite eine solche Klarstellung nicht ungern sehen würde. Lord Curzon hat in seiner letzten Rede mit auffallender und ungewöhnlicher Nachdrücklichkeit auf die von ihm gegenüber dem deutschen Botschafter gemachten Aeußerungen hingewiesen, und andere unterrichtete englische Stellen werden in dieser Hinsicht noch deutlicher. Aus eigener Kenntnis können wir feststellen, daß